

Danziger Zeitung

Beitung

Nr. 18175.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhöhergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interne Kosten für die sieben geöffneten gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Hamburg, 5. März. (W. L.) Gänmliche Quais-Arbeiter inclusive Arzneimaster und Handwerker der Maschinenwerkstätten reichten bei der Deputation für Handel und Schiffahrt ein Gesuch um einständige Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ein. Gleichzeitig stellten die Plästerinnen Hamburgs und der Vororte die Arbeit ein, weil ihre Forderung betreffend eine zehnstündige Arbeitszeit, 10 Mark Minimallohn und freie Station abgelehnt wurde. Die Plästerinnen von Altona, Ottensen und Umgang beschlossen, zur Unterstützung dieser Lohnbewegung keine Arbeit für die Hamburger Bleicher zu verrichten.

Paris, 5. März. (Privatelegramm.) Es wird gegenwärtig von einem Cabinet Freycinet oder Coriolanus gesprochen; der Rücktritt des jetzigen Ministeriums wird für gewiss gehalten.

Görlitz, 5. März. (Privatelegramm.) Falls die Pforte nicht die Initiative zur Anerkennung des Fürsten Ferdinand ergreift, so wird die Regierung direkte Schritte bei den befreundeten Mächten unternehmen.

Politische Übersicht.

Danzig, 5. März.

Aufgaben des Reichstags.

Der Reichstag wird, wie schon gemeldet, nach Ostern berufen. Zweifellos wird er mit der Vorlage in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung besetzt werden. Der Annahme, daß das Socialistengesetz in derselben Form wieder vorgelegt werden soll, wird widersprochen. Es läßt sich noch nicht recht absehen, was davon ist. Definitive Beschlüsse sind wohl jedesfalls noch nicht gefasst, ebenso wenig wie über diejenigen Vorlagen, welche dem Reichstag gemacht werden sollen. Man spricht auch von militärischen und colonialpolitischen Forderungen. Doch läßt sich über die in dieser Beziehung umlaufenden Gerüchte noch nichts Sichereres feststellen.

Der Kaiser und die Sozialdemokratie.

Der „Volkszeitung“, welche vorgestern die „Aera Hinseiter“ dahin charakterisiert hatte, daß an Stelle des kleinen der große Belagerungszustand treten werde, ist, wie es scheint, von begeistigter Seite eine Art Berichtigung zugegangen, in der es heißt:

„Der Kaiser hat im Staatsrat die schärfsten Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes gestellt, in aber vielfach an dem Widerstand der Bourgeois gescheitert, er geht viel weiter, als Sie sagen, er hat sich auch durchaus gegen das Socialistengesetz in jeder Form erklärt und meint mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden, hat aber selbst erklärt, daß er dabei nicht an Gewaltmittel, sondern an weisendem Einigekommen denkt, welches jetzt Bismarck hindert will.“

Hierzu schreibt unser Berliner Correspondent, dem wir die Verantwortung hierfür überlassen: „Der Verfasser der Berichtigung in der „Volkszeitung“ schenkt die Auflösung des Kaisers bez. der Sozialdemokratie missverstanden zu haben. Von dem Socialistengesetz hat der Kaiser nach unseren Nachrichten überhaupt nicht gesprochen. Die Auflösung, er werde mit der Sozialdemokratie schon allein fertig werden, bezieht sich auch nicht auf gesetzgeberische Fragen, sondern, wie in informierten Kreisen angenommen wird, auf das Eingreifen im Falle von sozialdemokratischen Ausschreitungen.“

Die Wahlresultate

liegen nunmehr so gut wie vollständig vor. Abschließende Nachrichten fehlen nur noch aus 3 oder 4 Wahlkreisen, in denen die Stichwahl erst in dieser Woche stattgefunden hat, wie im Bromberg, wo der bisherige conservative Abgeordnete Hahn gegen den Polen Komierowski in Stichwahl stand.

Dieselbe hat erst gestern stattgefunden, und wenn Berliner Blätter nach einem Wolff'schen Telegramm bereits gestern Abend Hahns Sieg melden, so ist das eben der Zeit etwas vorauseiligt, da gestern Abend in Bromberg selbst erst das Resultat für die nächsten Bezirke festgestellt werden konnte, und ehe das definitive Resultat aus den ländlichen Distrikten zu übersehen ist, noch mindestens der heutige Tag vergehen wird. Immerhin aber ist es ziemlich sicher, daß Hahn, den auch alle liberalen Deutschen zu unterstützen beschlossen hatten, sein Mandat behaupten wird. Aus Süddeutschland wird voraussichtlich das Centrum und die Nationalliberalen noch Zuwachs um ein oder zwei Mandate erhalten. Die Anzahl der Sozialdemokratien reduziert sich um zwei Mandate dadurch, daß ihr Kandidat nicht, wie es bisher den Anschein hatte, in Sonnenberg, wo der bisherige Vertreter Witte (frei), wenn auch nur mit geringer Mehrheit wiedergewählt ist, und auch nicht in Naumburg-Zeh, von wo die Niederlage des nationalliberalen Günther bereits verkündet war, durchgedungen ist. Es ergiebt sich also nach den vorläufigen Ermittlungen, die allerdings durch die definitiven Feststellungen noch einige Verschiebungen hier und da erfahren können, namentlich auch bezüglich der Parteibeziehung einiger auf den Namen conservativ resp. freiconservativ gewählter Abgeordneten, folgendes Stärkeverhältniß der Parteien:

105 Centrum, 71 Freisinnige, 68 Conservative, 48 Nationalliberalen, 35 Sozialdemokratien, 19 Reichspartei, 16 Polen, 11 Elsässer, 10 Volkspartei, 10 Deutschhannoveraner, 4 Antisemiten, 1 Däne, 1 Wilder.

Hieran haben gegen den Schluß der letzten Wahlperiode die drei Cartellparteien zusammen 82 von 213 Mandaten verloren. Die Verluste verteilen sich auf die Conservativen mit 9, die Freiconservativen mit 20 und die Nationalliberalen mit 53 Mandaten. Gewonnen haben die Freisinnigen 35 Mandate, die Sozialdemokratien 24, die Volkspartei 9, die Polen 3 Mandate, die Deutschhannoveraner 5, die Centrumspartei 4, die Antisemiten 3. Verloren haben auch die eisässischen Protektoren 3 Mandate.

Zum Vergleiche geben wir noch die Stärke der Fraktionen in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden:

1884 wurden gewählt: Centrum 99, Conservative 78, Deutsfreisinnige 67, Nationalliberalen 51, Freiconservative 28, Sozialdemokratien 24, Polen 16, Deutschhannoveraner 11, Elsässer 15, Demokratien 7, Däne 1. Während der gleichwähler innerhalb der Legislaturperiode verschob sich das Ergebnis nur wenig.

1887 wurden gewählt: Centrum 98, Nationalliberalen 99, Conservative 80, Freiconservative 41, Deutsfreisinnige 32, Elsässer 15, Polen 13, Sozialdemokratien 11, Deutschhannoveraner 4, Wilde 3, Däne 1. Bei den Nachwahlen verschob sich das Ergebnis um eine Anzahl Mandate zu Ungunsten der Cartellparteien.

Die drei Cartellparteien haben demnach noch 24 Mandate weniger, als sie in dem 1887 aufgelösten Reichstag besaßen.

Über die Möglichkeit von Mehrheitsbildungen im neuen Reichstage rechnet die „Freis. Ztg.“:

„Es ergiebt sich, daß das Cartell auch zusammen mit dem rechten äußeren Flügel der Centrumspartei keine Mehrheit besitzt, sondern daß sich erst eine Mehrheit ergiebt, wenn zu den 131 Cartellabütern noch 88, also volle $\frac{2}{3}$ der Centrumspartei hinzukommen. Der Schwerpunkt ist daher in diesem Falle auf die linke Seite der Centrumspartei gerückt. Auf der anderen Seite hat das Cartell eine Mehrheit, sobald es eine der freisinnigen Partei genehme Haltung einnimmt. Ebenfalls haben die Freisinnigen zusammen mit der Centrumspartei, der Volkspartei und den kleineren Gruppen eine Mehrheit. Die freisinnige Partei und die Centrumspartei sind daher von den Sozialisten zur Bildung einer Mehrheit in keiner Richtung abhängig.“

Die Erwartungen der Freisinnigen bezüglich des Verlaufs der Wahlen sind weit übertroffen worden. Ihre Zahl hat sich tatsächlich verdoppelt. Sie sind nunmehr die zweitstärkste Partei im Reichstage, während sie im vorigen Reichstage erst an fünfter, in demjenigen von 1884 an dritter Stelle standen. Die Scharfe von 1887 ist also überrücklich und auch die von 1884 so ziemlich ausgeweitet.

Die freisinnigen Abgeordneten.

Von den bisherigen Reichstagsabgeordneten sind wiedergewählt worden: Bamberger, Barth, Baumbach, Berlin, Brömel, Buddeberg, v. Forckenbeck, Goldschmidt, Hänel, Dr. Otto Hermes, Langenhans, Lorenzen, Lüders, Maiger, Münch, Munkel, Panje, Richter, Richter, Schenck, Schmidt, Schmieder, Schröder, Clemens, v. Stauffenberg, Träger, Birchow, Witte.

Nicht wiedergewählt sind folgende Abgeordnete, welche von vorherher auf eine Candidatur verzichtet hatten: Bülle, Hoffmann, Aloch, Lerche. Bei der Wahl unterlegen sind Kohli, Alexander Meyer, Michel.

Aus früherer Wahlperiode sind folgende Abgeordnete diesmal wiedergewählt worden: Dohrn, Eberlin, Gutfleisch, Hinsz, Hirsz, Horwitz, Krause, Pflüger, Schneider, Wöllmer.

Von Landtags-Abgeordneten, die bisher dem Reichstage nicht angehörten, sind gewählt worden: Friedländer, Förster, Seelig, Uhendorff.

Neu in das parlamentarische Leben treten ein: Adler, v. Bar, Funk, Hache, Harmenig, Jeschke, Jordan, Kaufmann, Koch, Leder, Pachnicke, Raithel, Ruge, Samhammer, Schütte, Jangemeister.

Von den drei Wldliberalen gehörte Thommen bereits dem Reichstage an, während Langerfeld und Wissler neu in das parlamentarische Leben eintreten.

Da bekanntlich 6 Freisinnige doppelt gewählt sind, stehen noch 6 Nachwahlen bevor, welche, da die Erstwahlen bereits am ersten Tage nach der Erklärung des gewählten Abgeordneten an den Wahlvorsteher über die Annahme des einen oder anderen Mandates stattfinden sollen, gegen den 20. d. M. beendigt sein werden, vorausgesetzt, daß bei diesen Stichwahlen nicht wieder erforderlich sein werden.

Über die Ergebnisse der Staatsräths-Verhandlungen macht die governementale „Staaten-Corresp.“ folgende Mitteilungen:

Nachdem der Staatsrat seine Verhandlungen über die Arbeiterschutzgesetzgebung beendet hat, ist dem Handelsminister Freiherrn v. Berlepsch die schwierige und umfangreiche Aufgabe geworden, auf der Basis der gutachtl. Resolutionen genannter Körperschaft Gesetzentwürfe auszuarbeiten. Dieselben werden auf dem ordnungsmäßigen Wege von Anträgen Preukens an den Bundesrat gelangen und sodann der Beschlussfassung des Reichstages unterbreitet werden. Was den Inhalt der gutachtl. Resolutionen des Staatsrates betrifft, so verlautet in glaubwürdiger Weise, daß dieselben sich mit einigen Modifikationen an die Beschlüsse des Reichstages in Betrag der Arbeiterschutzgesetzgebung annehmen; es werden insbesondere bis zur Einführung eines erhöhten Arbeiterschutzes mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand der Gesetzgebung Übergangsbestimmungen getroffen und als ein solches vorbereitendes Stadium darf auch die Errichtung von Arbeiterausschüssen erachtet werden, welche zwar nicht in obligatorischer Weise begutachtet und auch nicht der gesetzlichen Regulierung empfohlen sind, immerhin aber der privaten Initiative als ein dem sozialen Frieden

dienendes Institut ans Herz gelegt wurden; ein Vorgang, der immerhin zur Folge haben dürfte, daß außer den bisherigen einzelnen Industriellen und den fiskalischen Gruben, welche einen Versuch mit diesen Abschlüssen bereits gemacht haben oder noch machen werden, wohl nach und nach die Fabriks- und Werksbesitzer folgen müssen. Es mag sich hierbei die Ansicht geltend, daß je nach der Wirksamkeit der Arbeiter-Ausschüsse seiner Zeit die Frage zu entscheiden sein würde, ob dieselben weiter auszubauen und zu obligatorischen Organen für die Arbeiterversetzung zu bestimmen seien. Im übrigen werden die Verhandlungen des Staatsrates als ein Internum der Staatsregierung betrachtet, so daß deren Vorlage an die internationale Arbeiterschutzkonferenz ausgeschlossen scheint. Die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe wird rasch gefördert werden, so daß die Beratung derselben seitens der berufenen Instanzen noch im Frühjahr wird erfolgen können.

Unser Berliner Correspondent bemerkt zu den Staatsräthsverhandlungen:

Die positiven Beschlüsse des Staatsrates sind zunächst nur als Gutachten anzusehen, welche bei der weiteren Verhandlung der beuglichen Materialien in Betracht kommen. So weit diese Gutachten sich auf die Fragen des Arbeiterschutzes beziehen, würden sie zunächst nur als Material für die am 15. d. zusammentretende internationale Konferenz dienen. Dem Reichstage wird vorläufig nur der Gesetzentwurf betreffend die Einführung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern zugesehen, während auf Grund der Gutachten des Staatsrates eine Novelle zum Berggesetz für den preußischen Landtag ausgearbeitet werden soll; möglicherweise kommt dieselbe noch in dieser Session zur Beratung.

Die Zölle auf Getreide und Getreidearten.

Bei der Beratung des Reichshaushalts für 1888/89 war vom Reichstage eine Resolution angenommen worden, wonach die verbündeten Regierungen ersucht wurden, über die Wirksamkeit und Congruenz der Positionen des Zolltariffs, welche Raps, Rübsaat, Mohn, Sesam, Erdnüsse, Leinsaat, Baumwollsenf, Reis, Kastanien, Palmenkerne, Kapra, Butter, Oele und Fette, sowie die mineralischen Schmieröle betreffen, eine eingehende Untersuchung nach der Richtung hin einzulegen zu lassen, ob es nicht geboten erscheine, eine Erhöhung bzw. Abänderung derselben im Interesse der Landwirtschaft und der beteiligten Industrien herbeizuführen. Der Bundesrat hat die Resolution seinem Vorsitzenden überwiesen. Aus diesem Grunde haben in Bezug auf die geplanten Tarifpositionen Ermittlungen und Erwägungen stattgefunden, über welche den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen sowie für Handel und Verkehr das Nähere in einer umfassenden Denkschrift dargelegt worden ist. Einer offiziösen Mitteilung nach sind die Ausschüsse nun nach eingehender Prüfung dieser Denkschrift zu der Ansicht gelangt, daß dem Ergebnis der angestellten Untersuchungen ein Antrag zu erläutern auf eine eingehende Umgestaltung der in Frage stehenden Positionen des Zolltarifs zur Zeit nicht zu entnehmen ist und bezüglich der Frage, ob einzelne Änderungen angezeigt sein möchten, die Entscheidung bis zu einer erneuten Revision unseres Zolltarifs auszusuchen wird. Die Ausschüsse haben deshalb beim Plenum den Antrag gestellt, es bei den angestellten Erhebungen bewenden zu lassen.

Neue Truppen für Wismann.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Doss. 3.“: „Für die deutsche Action in Ostafrika finden seit einiger Zeit erhebliche Neuanmerkungen in Ägypten statt. Seit Mitte Februar werden in Kairo etwa 1000 Mann eingesetzt, hauptsächlich Sudanesen, darunter ein Theil der Leute Emin Paschas. Das gesammelte angeworbene Contingent beläuft sich auf 1500 Mann, welche am 10. März von Ägypten nach Janzibar abgehen werden.“ Bisher war bloß von 600 Mann neuengeworbener Truppen die Rede. Aus der Notwendigkeit, so starke Truppennachschübe zu veranstalten, wird aber auch zugleich am deutlichsten bewiesen, wie wenig durchdringend die bisherigen Siege Wismanns, trotz ihrer großen Anzahl, gewesen sind.

Ein italienisches Grünbuch über Abessynien ist gestern in der italienischen Deputiertenkammer vertheilt worden. Dasselbe umfaßt den Zeitraum vom 15. Januar 1857 bis 9. September 1889. Die Documente beginnen mit den ersten Versuchen Favours, durch Missionare Beziehungen mit Abessynien anzuknüpfen, und reichen bis zum Abschluß des Vertrages mit Menelik vom 2. Mai 1889. Letzterer besteht aus 20 Artikeln. Artikel 13 enthält die genaue Bezeichnung der Grenzen der gegenwärtigen italienischen Besitzungen. Artikel 17 lautet: der König von Abessynien willigt ein, sich in allen Verhandlungen mit anderen Mächten oder Regierungen der Vermittlung der Regierung des Königs von Italien zu bedienen.

Strikebewegungen in England.

Der im Kohlenbezirk von Durham drohende Strike der Bergleute scheint nicht zum Ausbruch zu kommen. Die Werksbesitzer haben zwar die Forberung einer 15 proc. Lohnerhöhung abgelehnt, allein aus der Erwagung heraus, daß es im dringlichsten allgemeinen Interesse liegt, den Strike abzuwenden, haben sie sich erboten, 5 proc. zu gewahren, obwohl in den Kohlenpreisen eine lehr erhebliche sinkt, doch würde ich selbst bei diesen niemals zugeben. Hr. Simon v. Dastrow wünscht eine Aussichtsführung nur bei den größeren Amtsgerichten. Hätte ich im Justizministerium etwas zu sagen, so würde ich zunächst diese großen Gerichte gehörig erschneiden. Allerdings würde auch dann in den großen Städten wie Berlin, Frankfurt a. M., Hannover die Zahl der Amtsgerichte eine sehr erhebliche sein, doch würde ich selbst bei diesen eine Präpondanz über seine Collegen hätte. (Besfall.) Jeder Amtsrichter soll für sich die Verantwortlichkeit fragen. Die Aussicht kann nur von einer höheren Instanz geführt werden. Bei der Aussicht über die Unterbeamten wird jetzt, wie ich finde, nicht die Amtsgerichte berücksichtigt. Die Motive für die Auswahl dieser Richter sind nicht immer dienstlicher Natur; Connexionenverhältnisse spielen eine große Rolle.

waren anfangs nicht geneigt, diese Anerbietungen anzunehmen. Zwischenzeitlich scheint aber auch bei ihnen die Überzeugung zum Durchbruch gekommen zu sein, daß sie sich durch eine ablehnende Haltung im gegenwärtigen Augenblick doch allzu offen ins Unrecht setzen würden, sie haben daher die Frage, ob Annahme der 5 proc. oder Schiedsgericht, oder Strike, zur Abstimmung gebracht und das Resultat war die Entscheidung der Arbeiter gegen den Strike.

In Lancashire hält die „Föderation der Bergleute“ an der Forderung einer 10 proc. Erhöhung fest, und es dürfen dort um 15. d. M. über 60 000 Bergleute ausständig werden. Die Bevölkerung unter welcher die Leute auch für den Fall der Nichtgewährung der geforderten Lohnerhöhung die Arbeit fortsetzen wollen, war, daß die Werksbesitzer die Kohlenpreise um 30 proc. reduzieren sollten.

In London droht ein zwischen den Bootsläuten und den Ziegelbrennern ausgebrochener Streit sehr empfindliche Schädigungen des Baugewerbes im Gefolge zu haben. Auf Anlaß eines Strikes der Bootsläute hat die Association der Ziegelbrenner beschlossen, die Fabrikation von Ziegeln bis auf weiteres überhaupt einzustellen, mit anderen Worten also, die Leute durch einen Lockout mürbe zu machen. Der Schlag trifft, wie angekündigt, an erster Stelle das Londoner Bauwesen. Die Maschinenbauer an den Flüssen Wear, Tyne und Tees, deren Arbeitsspitze wöchentlich 54 Stunden beträgt, wollen streiken, weil die Unternehmer sich weigern, am Sonnabend die Arbeit schon um 12 Uhr statt, wie jetzt üblich, um 1 Uhr aufzuhören zu lassen. Eine Lohnerhöhung um 60 pf. welche seitens der Unternehmer als Ausgleich angeboten wurde, haben die Leute zurückgewiesen. In Frage kommen bei diesem Strike ca. 25 000 Arbeiter mit ihren Familien.

Eine neue Verschwörung in Russland.

Einer Petersburger Depesche des „Daily Telegraph“ zufolge ist die Polizei in Petersburg von dem Beleid einer neuen Verschwörung gegen den Jaren in Rennen gesetzt worden, welche Vorbereitungen traf, um in sehr Kurzem zu öffnen Thaten zu schreiben. Auf der Bassinsel, möglichst geheime Telegraphien entdeckt worden sind, wurden Verhaftungen vorgenommen. Angeblich sind auch Sprengstoffe entdeckt worden.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 4. März.

Fortsetzung der zweiten Sitzung des Justiz-Guts. Abg. Gneccerus (nat-lib.) hält es für angemessen, daß den aufführbaren Amtsrichtern an einem mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichte der Titel Amtsgerichtsdirector verliehen und eine Funktionstulage erteilt wird.

Geh. Justizrat Eichholz: An Autorität gegenüber den Gubalterbeamten fehlt es den aufführbaren Amtsrichtern nicht, in den Beziehungen derselben zu den übrigen Amtsrichtern würde aber eine Verschämung eintreten, wenn der aufführbare Amtsgerichtsrat nicht immer der Amtsgerichtsrat ist, bevorzugt würde. Wird der Titel Amtsgerichtsdirector gewährt, so muß auch ein höheres Gehalt gegeben werden. Bezuglich der höheren Amtsgerichte wird die Regierung aber die Anregung weiter erwägen.

Abg. Parissius (freil.): Das Verfahren der Amtsrichter als Registergericht zur Ausführung des neuen Genossenschaftsgesetzes entspricht häuslich nicht den Absichten dieses Gesetzes. Namentlich ist über eine außerordentliche Verschämung von Justizbeamten für die amtlichen Bekanntmachungen, die

Im Interesse der Unabhängigkeit der Richter, der Aufrechterhaltung der Collegialität und zur Vermeidung, daß unsere Richter Streiter werden, muß ich Sie bitten, Ideen, wie sie hr. v. Jastrow vorgebracht, zurückzuweisen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Ennecerus: Auch ich lege den höchsten Werth auf die volle Erhaltung des preußischen Einheitsrichters, habe aber nicht gehört, daß hr. Simon v. Jastrow anderer Meinung ist. Auch wünsche ich nicht, daß der aufsichtsführende Richter die Aufführung über seine Collegen erhält, möchte aber, daß er eine Funktionszulage bekomme. Die Auswahl dieser Richter kann nicht unbedingt nach der Anciennität erfolgen. Ich bedauere sehr, daß der Abg. Windthorst behauptet hat, daß es bei der Wahl der aufsichtsführenden Richter weniger auf Tüchtigkeit und Fleiß, als auf Connexionen ankomme. Wenn wirklich einzelne solche Fälle vorgekommen sind, dann sollten sie hier unter Namennennung moniert werden.

Abg. Simon v. Jastrow: Es mir nicht eingefallen, das Einheitsrichtertum anzugeben; ich hätte es im Gegenteil für einen Segen. Der Abg. Windthorst sprach von Connexionen. Ich habe nie nach Connexionen rückblicken gehandelt, und auch die übrigen Land- und Ober-Landesgerichtspräsidenten haben ein Gewissen ebenso gut wie andere Leute.

Minister v. Schelling: Mr. Windthorst hat davon gesprochen, daß bei der Belebung von Amtsrichterstellen Connexionen beständen. Dieser Vorwurf kann sich nicht gegen die Landesgerichtspräsidenten, auch nicht gegen die Ober-Landesgerichtspräsidenten richten, sondern nur gegen mich persönlich, denn die Ernennung der Amtsrichter erfolgt auf meinen Vorschlag, und die Beklümung, wer in einem Amtsgericht die Aufführung zu führen hat, steht mir ebenfalls zu. Ich kann nur sagen, daß dieser Vorwurf mich außerordentlich kühl gelassen hat. Ich stehe so unabhängig da, ich habe mich stets der gestalt vom Parteileben ferngehalten, daß bei mir Connexionen bei der Belebung dieser Stellen auch nicht im geringsten vorkommen. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Ich habe nicht behauptet, daß meine eigenen Wahrnehmungen in Bezug auf den Einfluß der Connexionen aus der noch sehr kurzen Amtsführung des Herrn Ministers herrühren. Ich bin aber eventuell bereit, die Sache auch persönlich zu behandeln, wenn auch nicht an dieser Stelle.

Abg. v. Schalcha (Centr.) wünscht eine größere Decentralisierung der Amtsgerichte. Zahlreiche Ortschaften, zumal in Schlesien und Posen, lägen vom Sitz des Amtsgerichtes über drei Meilen entfernt, eine ganze Anzahl von Städten sei noch bis heute ohne Amtsgericht.

Abg. v. Schalcha (Centr.): Ich habe nicht behauptet, daß meine eigenen Wahrnehmungen in Bezug auf den Einfluß der Connexionen aus der noch sehr kurzen Amtsführung des Herrn Ministers herrühren. Ich bin aber eventuell bereit, die Sache auch persönlich zu behandeln, wenn auch nicht an dieser Stelle.

Abg. v. Schalcha (Centr.): Ich habe nicht behauptet, daß meine eigenen Wahrnehmungen in Bezug auf den Einfluß der Connexionen aus der noch sehr kurzen Amtsführung des Herrn Ministers herrühren. Ich bin aber eventuell bereit, die Sache auch persönlich zu behandeln, wenn auch nicht an dieser Stelle.

Abg. v. Schalcha (Centr.): Ich habe nicht behauptet, daß meine eigenen Wahrnehmungen in Bezug auf den Einfluß der Connexionen aus der noch sehr kurzen Amtsführung des Herrn Ministers herrühren. Ich bin aber eventuell bereit, die Sache auch persönlich zu behandeln, wenn auch nicht an dieser Stelle.

Minister v. Schelling: Wenn mir die Vorredner das Material, welches sie über diese Frage besitzen, zur Verfügung stellen, werde ich erwägen, wie den Be schwerden abzuholen sein möchte.

In Tit. 2, „Land- und Amtsrichter“, werden 10 Land- und Amtsrichter gegen den vorjährigen Etat mehr gefordert und bewilligt. Bei der Debatte werden aus den verschiedenen Landestheilen Wünsche nach Errichtung von Amtsgerichten resp. Vermehrung von Stellen bei den bestehenden laut.

Bei Tit. 6, „Rendanten, Gerichtsschreiber, Secrétaire u. s. w.“, wünscht

Abg. Brandenburg (Centr.) eine Remuneration für die Gerichtsschreiber, welche an den kleinen Gerichten die Rassengeschäfte wahrnehmen.

Geh. Justizrat Gieholtz: Das Maß der Arbeit und der Verantwortung dieses Amtes ist nicht sehr groß. Die Gewährung einer Funktionszulage würde Consequenzen für andere Beamtenkategorien haben, und deshalb ist die finanzielle Tragweite keine geringe.

Abg. Grimm (nat.-lib.) weist auf die trostlose Lage der Actuare hin. Dieselben leisteten jetzt bis zu 5 Jahren unentgeltlichen Dienst. Eine mäßige Entschädigung während dieser Zeit sei nur eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Krause (nat.-lib.) bittet, den Gerichtsschreibern, die als Rassenelement an kleineren Amtsgerichten fungieren, dasselbe Gehalt zu geben, wie den Rendanten bei den größeren Amtsgerichten, da sie dieselbe Verantwortlichkeit haben wie diese.

Bei den Ausgaben für die Gerichtsvollzieher ver spricht Geh. Justizrat Gieholtz auf eine Bitte des Abg. Grafen Limburg-Gitter (conf.), daß bei der allgemeinen Gehaltsaufzettelung auch auf die Hilfsgerichtsvollzieher Rücksicht genommen werden wird.

Bei dem Titel „Hilfsarbeiter im Bureau- und Rassendienst“ berichtet Abg. Bödiker über eine Petition derjenigen Gerichtsschreiber, welche als Rassenelement bei den kleineren Amtsgerichten fungieren, in welcher eine Funktionszulage für dieselben beantragt wird. Er beantragt namens der Budgetcommission, die Petition der Regierung, wie in früheren Jahren, zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Tritzen (Centr.) befürwortet diesen Antrag. Das Haus beschließt demgemäß und bewilligt den Titel. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

„Berlin, 4. März. Es verlautet, daß in den letzten Tagen die Frage der Umgestaltung der Umgebung des hal. Schlosses in Berlin ihrer Lösung weiter zugeführt worden ist. Es kommen dabei vor allem der Neubau des Domes und die Umgestaltung der Schloßfreiheit in Betracht. Bekanntlich ist bereits durch den Etat von 1889/90 eine Summe von 500 000 Mk. für die Vorarbeiten zum Neubau des Domes bewilligt worden. Es gilt nun, über die weitere Behandlung der Sache nach der technischen und staatsfinanziellen Seite hin sich schlüssig zu machen. In ersterer Hinsicht mag daran erinnert werden, daß das Dombau project in unmittelbarem Zusammenhang steht einerseits mit der Gestaltung des Lustgartens und seiner Umgebung bzw. der Museumsinsel und andererseits mit dem Hauptarm der Spree. Die durch die bekannte Lotterie eingeleitete Umgestaltung der Schloßfreiheit beruhet gleichfalls staatliche Interessen von Bedeutung. Es werden dadurch nicht nur verschiedene Staatsgrundstücke in Anspruch genommen, sondern es kommt auch die Frage in Betracht, ob nicht im Interesse der würdigen Ausgestaltung die teilweise Herlegung des „Aupfergraben“ genannten Spreearmes geboten erscheint. Vor allem aber möchte hier auch die Frage der Wahl dieses Platzes für das Kaiser Wilhelm-Denkmal mischtragen.“

St. C. Berlin, 4. März. Auf Befehl des Kaisers wurden die Staatsräths-Abteilungen V und VII, welche die Arbeiterfragen zu behandeln hatten, am 14. Februar gebildet, wie folgt:

Für Abteilung V für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau wurden bestimmt:

Commerzienrat Baare-Böckum, Ministerial-Director Breslau, Graf Douglas-Albersleben, Prof. A. v. Heyden, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Hempeler, Baron Huene, fälsch. Geh. Finanzrat a. D. Jenke, Geh. Commerzienrat Krupp, Geh. Berggrath Leuschner-Eisleben, Oberbürgemeister Dr. Miguel, Fürst Pleik, Generaldirektor Dr. Ritter-Waldenburg, Prof. Dr. Schneller, Ministerial- und Oberbaudirektor Schneider, Geh. Commerzienrat Schwarzkopff, Geh. Commerzienrat Baron Gumm, Geh. Commerzienrat Dr. Websky-Wüstewatersdorf.

Für Abteilung VII für Angelegenheiten der inneren Verwaltung wurden dauernd bestimmt: Generalv. Blume, Ministerial-Director Dr. Droop, Geheimrat Prof. Dr. v. Gneist, Ober-Staatsanwalt Hamm-Aöln, Erzbischof Dr. Arement, Landesdirektor v. Levetzow, Oberbürgemeister Dr. Miguel, Ober-Verwaltungsgerichts-Präsident Persius, Ministerial-Director Schulz, Reichsgerichtsrath Stellmacher, Regierungspräsident v. Liedemann und Kammerherren Landrat a. D. Baron Vilamovitch.

* [Der Oberbürgemeister v. Forckenbeck] wurde am Montag Nachmittag 4 Uhr von der Kaiserin Friedrich in längerer Audienz empfangen.

[v. Bredow.] Der durch den „Todesritt bei Dionville“ bekannte General-Lieutenant J. D. Adalbert v. Bredow ist am 3. d. M. auf Briesen bei Friedach im Alter von 76 Jahren gestorben.

* [Bevels Straßburger Candidatur.] Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte eine Nachricht der Münchener Neuesten Nachr.“ abgedruckt, wonach die Candidatur Bevels in Straßburg von Paris aus angeregt und durch Geld von dort unterstützt worden sei. Herr Bebel stellt dies ausser entchieden in Abrede. Er sei bereits bei mehreren früheren Reichstagswahlen Candidat seiner Partei genossen für Straßburg gewesen und habe sich auch diesmal wieder auf deren ausdrückliches Ersuchen bereit erklärt. Das Geld zur Wahl agitation sei theils durch die Straßburger Socialdemokraten, theils durch eine Bewilligung seitens des Centralwahlcomités ausgebracht worden.

* [Glückwünsche für die Sozialdemokraten.] Weitere Glückwünsche zu den Wahlerfolgen gingen bei dem Berliner Centralcomité der sozialdemokratischen Partei ein von den sozialdemokratischen Abgeordneten der französischen Kammer, vom Generalrat der sozialdemokratischen Föderation in England und vom Centralrat der holländischen Partei.

* [Leichenverbrennung.] Nach einer Mitteilung der „Deutschen Med.-Ztg.“ existiren gegenwärtig in allen Erdtheilen rund 39 Arealorien. Italien hat 23, Amerika 10, während England, Deutschland, Frankreich, die Schweiz, Dänemark und Schweden nur je eins haben. Seit 1876 haben in Italien 1177 Verbrennungen stattgefunden, im ganzen sind überhaupt nur 1269 vollzogen worden.

Leipzig, 4. März. Der Geheime Kirchenrat, Professor der Theologie Dr. Franz Delitzsch, ist, 78 Jahre alt, gestorben.

Röhn, 4. März. Die Schifffahrt mit liegenden Schleppdampfern ist auf dem Rhein von St. Goar aufwärts wegen des niedrigen Wasserstandes eingestellt. Bremen, 4. März. Der hier ausgetriebene Strike unter den Niemendrehern nimmt größere Dimensionen an. Gestern Mittag stellten in 5 Fabriken sämmtliche Arbeiter die Arbeit ein. Man erwartet heute noch weitere Einschüttungen. Einige Fabriken hatten vor der Eröffnung des Strikes die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die größeren Niemendrehereien werden von der Polizei überwacht.

Bremen, 4. März. Eine gestern abgehaltene, von etwa 80 Fabrikanten und Niemendrehereibesitzern besetzte Versammlung beschloß der Röhn. Ztg.“ zu folge, an dem lebhaft gesuchten Beschuß, die Forderung der Niemendrehner auf 10stündige Arbeitszeit abzulehnen, festzuhalten; dagegen soll in denselben Betrieben, in denen über 11 Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit auf 11 Stunden herabgesetzt werden. Wer gegen diese Vereinbarung verstößt, soll in eine Conventionalstrafe von 100 Mk. pro Niemendreher verfallen. Mehrere Fabrikanten haben die 10stündige Arbeitszeit bewilligt unter dem Vorbehalt, daß die übrigen Betriebe das Gleiche thun.

* [Österreich-Ungarn.] Wien, 4. März. [Abgeordnetenhaus.] Die Regierungsvorlage über die Herstellung eines zweiten Geleises auf den Eisenbahnlinien Krakau-Przemysl und Przemysl-Lemberg wurde nebst einer Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die Verstaatlichung der galizischen Karl-Ludwigsbahn derart vorzubereiten, daß mit dem Zeitpunkte der Herstellung des zweiten Geleises auf den genannten Strecken sämmtliche Linien in das Eigenthum resp. den Betrieb des Staates übernommen werden können.

Pest, 4. März. Das Abgeordnetenhaus nahm mit überwiegender Majorität den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Monumentes für Androssi auf Staatskosten an, nachdem sowohl die Gegner, als auch die Vertheidiger des Gesetzentwurfs unter den Verdiensten des Grafen Androssi, namentlich das österreichisch-deutsch-italienische Bündnis hervorgehoben hatten, welches den Völkern Europas den Frieden sicherte. Auch der Ministerpräsident Tisza hatte die Vorlage auf das wärmste befürwortet. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 4. März. Die Deputirtenkammer erklärte ohne Discussion die Wahlen der boulangerianischen Deputirten Revest, Mery und Gouffot ungültig. — Pontalis interpellirte in Beitreff der Ernennung des Senators Majeau zum ersten Präsidenten des Assotsationshofes. Nach der Beantwortung der Interpellation durch den Justizminister Tevenet erklärte Pontalis, daß er selbst die Verdienste Majeaus anerkenne. Die Kammer genehmigte sodann mit 320 gegen 86 Stimmen die einfache Tagesordnung.

Es verlautet, der Ministerpräsident Tardieu sei leicht indisponirt und beabsichtige angeblich einige Tage Urlaub zu nehmen. (W. T.)

England.

London, 4. März. [Unterhaus.] Der erste Lord des Schatzes Smith erklärte auf eine Anfrage, die Antwort der englischen Regierung auf die Einladung Deutschlands zur Arbeiterkonferenz werde vorgelegt werden, sobald dieselbe der deutschen Regierung zugänglich sei; bis dahin seien Mitteilungen darüber unthunlich.

Im Oberhause erklärte der Premierminister Lord Salisbury, der Bericht der Parnell-Kommission werde dem Oberhause vorgelegt werden, sobald das Unterhaus darüber entschieden hat. Die Behandlung desselben im Oberhause werde von derjenigen im Unterhause nicht wesentlich verschließen sein. (W. T.)

Bulgarien.

Sofia, 4. März. Bulowitsch ist nach einer Audienz bei dem Fürsten Ferdinand nach Konstantinopel zurückgekehrt. Derselbe erhielt, wie die „Agence Bulgarique“ erfährt, detaillierte Instruktionen, auf die Anerkennung des Fürsten hinzuwirken. (W. T.)

Am 6. März, 11.54. Danzig, 5. März. Vollmond. Weiteransichten für Donnerstag, 6. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wenig veränderte Temperatur; mäßige Winde. Hier und da Niederschläge. Weißt bedeckt.

Für Freitag, 7. März:

Wolkig, scheinweise bedeckt. Einige sinkende Temperatur und schwache bis mäßige Winde.

Für Sonnabend, 8. März:

Temperatur wenig verändert. Veränderlich. Schwache Winde und stellenweise Niederschlag.

* [Wasser-Absperrung.] An dem Hauprohr der Prangenauer Wasserleitung ist ein Schaden entstanden, dessen schlechte Reparatur erforderlich ist und voraussichtlich noch heute die Absperrung dieser Leitung zur Folge haben wird. Der Magistrat fordert daher die Bewohner auf, sich noch heute mit einem auf etwa 24 Stunden ausreichenden Wasservorrath zu versehen.

* [Wahlresultate.] Im Stadtkreise Danzig wurde heute Mittag das Stichwahlresultat vom 1. März amtlich festgestellt und verkündet. Dasselbe differiert nur um wenige Stimmen mit dem von der freisinnigen Parteileitung zusammengestellten und am Sonntag von uns mitgeteilten Abgegebenen stimmen am 1. März 14 216 Stimmen, von denen 45 ungültig waren. Gültige Stimmen also 14 171, absolute Mehrheit 7086. Mr. Richert hat 10 228 Stimmen erhalten, ist also mit 3142 Stimmen über die absolute Majorität gewählt; Mr. Wedekind erhielt 3943 Stimmen. Die Jährl.-Commission war dieselbe wie am 24. Februar, nur war an die Stelle des Mr. Leichgräber diesmal Mr. E. Heyn getreten.

Im Landkreise findet, wie bekannt, die amtliche Ermittelung erst Nachmittags statt.

Aus dem Wahlkreise Röthenberg-Löbau wird uns das amtliche Wahlresultat wie folgt telegraphiert: Gewählt ist der polnische Kandidat Mr. Dr. Kepniewski mit 8472 Stimmen. Auf Mr. v. Oldenburg (conf.) fielen 8217 Stimmen und 57 Stimmen waren ungültig. Dr. R. hat also 127 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. (Am 20. Februar wurden abgegeben für v. Oldenburg 5748, v. Reibitz 3605, v. Huene 84, Dr. Kepniewski 7114 St.)

Im Wahlkreise Graudenzen-Strasburg ist das

Gesamt-Resultat: v. Rojczyk (Pole) 10 611,

Hobrecht (nat.-lib.) 10 223 Stimmen, ersterer also

mit 193 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. (Am 20. Februar erhielten hier Hobrecht 7059, Gähnachenburg 3426, Jochem 161, Windthorst 36, v. Röpke 9488 St.)

Gowohl im Kreise Graudenzen-Strasburg wie in Röthenberg-Löbau ist also die überwiegendste

Mehrzahl der freisinnigen Stimmen auf den deutschen Kandidaten übergegangen und es

kann von einer Unterstützung der Polen durch die Freisinnigen, von welcher die Cartellblätter

sagen, keine Rede sein.

In Bromberg (Stadt und Land) hat erst gestern die Gleichwahl stattgefunden. Wie uns

telegraphiert wird, hat Hahn (conservativ) 9288,

v. Komierowski (pole) 6861 erhalten. Auch hier

haben die Freisinnigen geschlossen selbst für

einen stramm conservativen Kandidaten gegen den

Polen gestimmt.

* [Stadthaushalt-Stat.] In den Entwurf zum

Haupthaushalt-Stat der Stadt Danzig für das

Staatsjahr 1890/91, welcher jetzt vom Magistrat

zur Vorlage für die Stadtverordneten-Versammlung fertig gestellt ist, hat diesmal — wie schon

in voriger Nummer erwähnt wurde — ein Baubestand von 470 000 Mk. eingesetzt werden können,

in welchem 118 628 Mk. enthalten sind, die der

Stadt aus den landwirtschaftlichen Zöllen pro

1888/89 überwiegen sind. Von dem Bestande sollen

250 000 Mk. als Betriebsfonds wieder in das

folgende Staatsjahr hinaufgenommen werden und

sind dementsprechend in Ausgabe gestellt, während der

Rest von 220 000 Mk. zu außerordentlichen Ausgaben des bevorstehenden Staatsjahrs (Schul- und

Brückenbau etc.) Verwendung finden soll. Ein

solches Extraordin

Die feste Haltung der gestrigen Schlussbörse übertrug sich vollständig auf den heutigen Verkehr unteres Fonds-marktes, und waren bereits anfänglich für alle Spekulationsszenen weitere Courserhöhungen zu verzeichnen; auch von den auswärtigen Abendbörsen, sowie vom heutigen Vorverkehr in Wien wurde die gleiche Tendenz gemeldet. Hier gewann das Geschäft besonders während der ersten Stunde durch Deklinationen, denen einzelne Meinungskäufe hinzu traten, größere Ausdehnung, und vermochten die Courts auf mehreren Gebieten weiter anzusteigen. Auf dem Banknotenmarkt zeichneten sich besonders Disconto-Commandit und österreichische Creditanstalt durch lebhafte Handel umsatz und mehrprozentige Preiserhöhung aus. Andere Banken waren größtenteils $\frac{1}{2}\%$ höher im Course als gestern um 3 Uhr. Inländische, ebenso wie sämtliche auswärtige Eisenbahnactien wiesen bei mäßigem Handel

gleichfalls weiter erhöhte Preise auf. Sehr feste Tendenz und durchweg meist mehrprozentige Courssteigerungen in Folge regen Dedicationen auf dem Montanmarkt zu verzeichnen. Ausländische Fonds hielten sich ebenfalls bei möglichen Umläufen fest, und sind, sogenannter ausgenommen, durch Courserhöhungen zu nothern. Im fernersten Verlaufe blieb die Stimmung auf dem Gesamtmarkt vorwiegend fest und erfuhr erst gegen 2 Uhr eine leichte Abschwächung. Der Privatdiscont notierte unverändert $\frac{1}{2}\%$. Im Raiffeisner lagen preußische und deutsche Staatsanleihen sowie in und ausländische Eisenbahn-Obligationen bei regelmäßigen Umläufen vorwiegend fest. Der Industriemarkt zeigte sich heute beruhigt und auf vielen Gebieten, namentlich für Bergwerksactien, erhebliche Coursbesserungen.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	1	107,20	Russ. & Orient.-Anleihe	5	68,60
do. do.	3/4	102,10	do. Staatl. Anleihe	5	72,50
Königliche Anleihe	1	102,25	do. Prinz. Anleihe	5	88,70
do. do.	3/4	102,25	Franz.-Pöhl.-Obl.	5	94,00
Staats-Goldanleihe	1	102,25	John. August.-Obl.	4	66,75
Preu. Prov.-Obl.	4	100,50	Stettiner Renten	1	93,70
Landl. Rentn.-Obl.	4	—	Aumundische Anleihe	6	104,00
Ostpreu. Pfandbriefe	3/4	99,30	Hamburg. Stdt.-Obl.	4	147,70
Dommer. Pfandbriefe	3/4	100,20	Höhn.-Brand. Pr. G.	3	101,00
do. do.	4	100,20	Leipziger Brd.-Anleihe	5	124,50
Polen. neue Pfibr.	4	103,20	Reichs. Post-1854	5	327,00
do. do.	3/4	103,20	do. Gold.-Obl.	5	126,50
Preu. Pfandbriefe	3/4	104,00	do. Gold.-Obl.	5	209,50
Wolfsch. Pfandbriefe	3/4	104,30	Überburger Renten	1	122,25
do. neue Pfandb.	2/3	104,00	Pr. Präm.-Anleihe	5	108,50
Dom. Rentenbriefe	4	104,20	Kauf-Präm. 100% 1902	5	163,00
Polen. do.	4	104,20	Pr. Präm.-Anleihe	5	158,00
Preu. Pfandbriefe	4	104,00	Aug. Golds.	5	230,60

Eigentümliche Pfandbriefe.

Danz. Deposit.-Pfandb.	4	—	Danz. Anleihe	3 1/2	96,25
Pr. Grundst.-Pfandb.	4	—	101,20	—	—
Danz. Anz. -Pfandb.	4	—	101,75	—	—
Steininger Hyp.-Pfandb.	4	—	101,50	—	—
Nord. Grd.-Ch.-Pfandb.	4	—	101,00	—	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4/2	100,75	neue 9% do. do.	4	97,10
do. Paster.-Rente	5	98,75	82,00	4	115,00
do. Silber-Rente	5	95,00	Dr. Bob.-Treb.-Act.-B.	4	101,80
Hungar. Eisenb.-Anleihe	4/2	100,75	Dr. Central.-Bod. Cr.-B.	4	101,80
do. Paster.-Rente	5	98,75	do. do. do.	4	88,20
Ung. Stdt. 1. Cr. 1870	5	—	Pr. Hypoth.-Schien.-B.	4	101,70
do. do. 1871	5	—	Pr. Hypoth.-Schien.-B.	4	100,00
do. do. 1872	5	—	Pr. Hypoth.-Schien.-B.	4	102,00
do. do. 1873	5	—	Mariens.-Blank.-G.	5	57,80
do. do. 1874	4 1/2	101,50	do. do. do.	5	111,50
do. do. 1875	4 1/2	101,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1876	4 1/2	101,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1877	5	112,50	do. do. do.	5	—
do. Rente	6	—	do. do. do.	5	—
Ung. Englandsche	5	—	do. do. do.	5	—
do. Rente	5	—	do. do. do.	5	—
Ung. Anleihe von 1830	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1830	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1831	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1832	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1833	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1834	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1835	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1836	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1837	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1838	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1839	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1840	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1841	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1842	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1843	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1844	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1845	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1846	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1847	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1848	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1849	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1850	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1851	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1852	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1853	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1854	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1855	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1856	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1857	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1858	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1859	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1860	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1861	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1862	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1863	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1864	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1865	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1866	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1867	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1868	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1869	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1870	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1871	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1872	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1873	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1874	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1875	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1876	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1877	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1878	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1879	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1880	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1881	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1882	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1883	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1884	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1885	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1886	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1887	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1888	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1889	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1890	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1891	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1892	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1893	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1894	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1895	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1896	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1897	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1898	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1899	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1900	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1901	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1902	5	104,50	do. do. do.	5	—
do. do. 1903	5	104,50	do. do. do.	5	—